

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 08.12.2011, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 22:20 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Petra Wust

Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius	i.V. von Herrn Jens Tetzlaff
Klaus-Ari Gatter	
Bernd Kosmehl	i.V. von Herrn Dr. Holger Welsch
André Krillwitz	
Gisela Lorenz	
Prof. Dr. Hans Poerschke	i.V. von Herrn Günter Herder
Lars-Jörn Zimmer	

Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner	GBL Finanzwesen
Clemens Montag	MA SB Bauverwaltung
Carola Reinsch	SBL Verkehr
Mario Schulze	FBL Immobilien
Sabine Bauer	FBL Bildung/Kultur/Soziales

abwesend:

Mitglied

Günter Herder
Jens Tetzlaff
Dr. Holger Welsch

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 08.12.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.11.11	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Vorbereitung der Stadtratssitzung 14.12.11	
5.1	Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2012 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO Doppik)	Beschlussantrag 251-2011
5.2	Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2012	Beschlussantrag 248-2011
5.3	Erörterung des Beteiligungsberichtes der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Wirtschaftsjahr 2010	Mitteilungsvorlage M013-2011
5.4	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" zum 31. Dezember 2010	Beschlussantrag 216-2011
5.5	Übertragung von Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft	Beschlussantrag 221-2011
5.6	7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 258-2011
5.7	Sondernutzungssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 172-2011
5.8	Gebührenordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 180-2011
5.9	Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 178-2011
5.10	Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 179-2011
5.11	Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände	Beschlussantrag 247-2011
5.12	Erstellung der Einziehungssatzung Nr. 08-2011th "Ackerstraße", OT Thalheim	Beschlussantrag 252-2011
5.13	Begrenzung von Mietpreissteigerungen durch kommunale Wohnungsunternehmen	Beschlussantrag 271-2011
5.14	Bericht der OB und Diskussion zu den Ortsfeuerwehren, insbesondere zur Aufwandsentschädigung	
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	

7	Schließung des öffentlichen Teils	
---	-----------------------------------	--

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Es sind 8 Ausschussmitglieder bzw. Stellvertreter anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die OB informiert, dass die Beschlussanträge 172-, 180-, 178 und 179-2011 zwar heute behandelt, aber aus zeitlichen Gründen von der TO der Stadtratssitzung am 14.12.11 genommen werden sollen. Des Weiteren teilt Sie mit, dass sie den BA 253-2011 zurückzieht, da der Haushaltsplan des Eigenbetriebes Stadthof Bestandteil des Haushaltsplans der Stadt Bitterfeld-Wolfen ist und nicht extra beschlossen werden muss.</p> <p>Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.11.11</p> <p>Zur Niederschrift der HFA-Sitzung vom 10.11.11 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 4</p>	<p>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Herr Hülßner, GBL Finanzwesen, erläutert die Haushaltsanalyse zum Stichtag 21.11.11. Die betreffende Analyse wurde an alle HFA-Mitglieder verteilt und in das Mandatos unter der heutigen HFA-Sitzung als Dokument eingestellt. Er informiert weiter über den gegenwärtigen Stand der Liquidität. Der liquiditätsmäßige Verlust beträgt derzeit minus 60,4 Mio EUR.</p> <p>Des Weiteren gibt Herr Hülßner einige Erläuterungen zum Stand der Realisierung der Beschlussvorlage 095/2011 „Weiterführung der HH-Konsolidierung“:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Derzeit konzentriert man sich auf Schwerpunkte, wie u.a. den bevorstehenden Trägerwechsel für die kommunalen Kitas. - Für die Umsetzung der Maßnahme des EB Freizeitforum fehlt immer noch der entsprechende Bescheid des Finanzamtes als Voraussetzung zur Umsetzung des beabsichtigten Steuersparmodells. - Aus kapazitiven Gründen konnte die Konzeption zur Umstrukturierung des EB Stadthof noch nicht erstellt werden. Zwischenzeitlich wurde auf Vorschlag der Fraktionen eine den Prozess begleitende Arbeitsgruppe namentlich vorgeschlagen, die ihre Arbeit ab Januar 2012 aufnehmen wird. 	
<p>zu 5</p>	<p>Vorbereitung der Stadtratssitzung 14.12.11</p>	

<p>zu 5.1</p>	<p>Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2012 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO Doppik)</p> <p>Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin werden die Beschlussanträge 251- und 248-2011 zusammenhängend behandelt. Herr Hülßner erläutert auf der Grundlage einer Powerpoint-Präsentation die Eckpunkte der Haushaltsplanung 2012. Die OB verweist darauf, dass der vorliegende Satzungsentwurf in der ersten Beratung des Stadtrates am 14.12.11 noch nicht beschlossen werden kann, da inhaltlich und formell offene Probleme bestehen. Die Zielstellung der HH-Konsolidierung gem. der Auflage der Kommunalaufsicht konnte nicht erreicht werden. Unter anderen wurde der Investitionshaushalt bzgl. der Folgejahre noch nicht ausgeglichen, womit sich der Bau- und Vergabeausschuss weiterhin zu befassen hat. Sie empfiehlt, mindestens eine zweite Beratung zum Haushalt zur übernächsten Stadtratssitzung im März 2012 vorzusehen, da in diesem Zeitraum noch weitere Vorschläge und geänderte Haushaltsbedingungen Berücksichtigung finden können. Herr Dr. Baronius gibt die Empfehlung, eine entsprechende Pressemitteilung zur prekären HH-Situation der Stadt Bitterfeld-Wolfen zu veröffentlichen, wo die wichtigsten Daten enthalten sind. Die OB bemerkt, dass man das tun wird, doch die Presseveröffentlichungen aufgrund der Pressefreiheit nicht steuerbar sind. Herr Zimmer gibt den Hinweis, dass in der nächsten Sitzung des Landtages zu erwarten ist, dass die allgemeine Zuweisungsmasse für die Kommunen nachgebessert werden soll.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt sodann, den BA 251-2011 als erste Beratung in den Stadtrat einzubringen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 251-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5.2</p>	<p>Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2012</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenso den BA 248-2011 als erste Beratung in den Stadtrat einzubringen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 248-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5.3</p>	<p>Erörterung des Beteiligungsberichtes der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Wirtschaftsjahr 2010</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.</p>	<p>Mitteilungsvorlage M013-2011</p>
<p>zu 5.4</p>	<p>Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" zum 31. Dezember 2010</p> <p>Frau Lorenz fragt an, inwieweit die in der Jahresrechnung aufgeführten Überschüsse die im Haushaltsplan der Stadt ausgewiesenen Gesamtkosten</p>	<p>Beschlussantrag 216-2011</p> <p>Ja 5 Nein 0</p>

	<p>für Tiergehege beeinflussen und wie man dies möglicherweise verändern kann.</p> <p>Die OB führt dazu aus, dass sich die nachgewiesenen Kosten natürlich auch als Kosten im HH-Plan widerspiegeln. Deshalb käme es hier auch darauf an, im Rahmen der HH-Konsolidierung, gemäß Haushaltskonsolidierungskonzept, eine neue Form der Betreuung der Tiergehege in einer für die Stadt finanziell abgespeckten Form zu finden.</p> <p>Lt. Entwicklungskonzept des EB Stadthof aus dem Jahre 2008 bestand bereits das Ziel, die Dienstleistungen für die Tiergehege aus Effektivitätsgründen perspektivisch auszugliedern.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 216-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Enthaltung 3</p>
zu 5.5	<p>Übertragung von Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft</p> <p>Nachdem kurze Anfragen der Ausschussmitglieder beantwortet und nochmals auf die neue Version des Beschlussantrages mit Datum 30.11.11 verwiesen wurde, empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat den BA 221-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 221-2011</p> <p>Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1</p>
zu 5.6	<p>7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Den Ausschussmitgliedern wird dazu folgende Tischvorlage übergeben: „Änderung zum Beschlussantrag 258/2011 / Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für ROVB am 05.12.2011“, die heute auch im Session zum Beschlussantrag eingestellt, jedoch von der Verwaltung nicht übernommen wird.</p> <p>Herr Dr. Baronius deutet an, dass die CDU-Fraktion beabsichtigt, ebenso eine Reihe von Änderungen zur Hauptsatzung einzubringen. Er wird auf Hinweis der OB diese Änderungen per Mail umgehend nachreichen.</p> <p>Frau Lorenz bemerkt, dass die SPD-Fraktion ebenso Änderungsvorschläge erarbeitet und dem ROVB sowie den anderen Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis gegeben hat. Diese haben z.T. in den Änderungsvorschlägen des ROVB Berücksichtigung gefunden. Es wäre daher ratsam, wenn über weitere Vorschläge ebenso alle Fraktionen informiert werden.</p> <p>Frau Wust schlägt vor, aufgrund des Diskussionsbedarfs in den Fraktionen und der Kürze der Zeit bis zur Stadtratssitzung diesen Beschlussantrag zur Hauptsatzung noch einmal zurückzustellen, was von den HFA-Mitgliedern befürwortet wird.</p> <p>Herr Pasbrig würde es als Vorsitzender des Ausschusses für ROVB begrüßen, wenn die Fraktionsvorsitzenden an der Sitzung teilnehmen würden, zu der über das Thema Hauptsatzung erneut im Ausschuss beraten wird.</p> <p>Die OB gibt noch einmal zu bedenken, dass die eingebrachten Änderungen auch handhabbar sein und der Stadtrat bzw. die Ausschüsse entlastet werden sollten.</p> <p style="text-align: right;">vertagt</p>	<p>Beschlussantrag 258-2011</p>
zu 5.7	<p>Sondernutzungssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Die OB bemerkt, dass es in den einzelnen Gremien unterschiedliche Änderungsvorschläge gab, wobei einige identisch waren und denen die</p>	<p>Beschlussantrag 172-2011</p> <p>Ja 6 Nein 0</p>

	<p>Verwaltung zustimmen konnte. Bei einigen Änderungsvorschlägen konnte die Verwaltung nur zum Teil zustimmen (z.B. bei Fahrradständern mit Werbung wurde keine und bei denen ohne Werbung wurde Zustimmung erteilt).</p> <p>Frau Reinsch, SBL Verkehr, stellt den HFA-Mitglieder eine Übersicht als Tischvorlage zur Verfügung, wo noch einmal zusammengefasst wurde, wie sich die einzelnen Gremien zur Sondernutzungssatzung positioniert haben. Sie bemerkt, dass die Verwaltung Veränderungen bei den folgenden Positionen nicht mitträgt:</p> <p>Pos. 2 - Lagerung von Baustoffen, Bauschutt, Erdaushub und ähnliches (einen Tag gebührenfrei)</p> <p>Pos. 3 - Container (einen Tag gebührenfrei)</p> <p>Pos. 7 - Reduzierung der Gebühren bei Werbeaufstellern ...(keine konkrete Summe benannt)</p> <p>Folgende Änderungswünsche werden von der Verwaltung mitgetragen:</p> <p>Position 11 - Blumenkübel und -schalen gebührenfrei</p> <p>Position 12 - Fahrradständer und Fahrradabstellanlagen ohne Werbung gebührenfrei</p> <p style="text-align: center;">(mit überwiegender Werbung pro angefangenen qm 10 €pro Jahr)</p> <p>Diese Änderungen sind bereits in der Satzung eingearbeitet.</p> <p>Herr Dr. Baronius bemerkt, dass die Fraktion außerdem den Antrag stellen wird, auch Markisen (Position 9) gebührenfrei zu stellen.</p> <p>Die OB, Frau Wust, betont nochmals, dass alle zusätzlichen Änderungswünsche, die die Verwaltung nicht übernimmt, von den Fraktionen im Stadtrat beantragt werden müssen.</p> <p>Nach weiteren Meinungsäußerungen, Anfragen und Erläuterungen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat den BA 172-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Enthaltung 2</p>
<p>zu 5.8</p>	<p>Gebührenordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Die SBL Verkehr, Frau Reinsch, gibt kurze Erläuterungen.</p> <p>Von Seiten der Ausschussmitglieder wird über die Problematik der Parkscheinautomaten generell diskutiert. Es wird angeregt, ein Parkplatzkonzept für das Stadtgebiet zu erarbeiten. Die OB bemerkt, dass dann allerdings von Seiten der Fraktionen ein Beschlussantrag hinsichtlich eines Parkplatzkonzeptes eingereicht werden müsste, wenn dies gewünscht wird.</p> <p>Frau Reinsch äußert allgemeine Bedenken. In der damaligen Stadt Wolfen hatte man z.B. das Problem mit Parkflächen, die private Flächen umfassten. Sie weist darauf hin, dass die Aufwendungen für Parkscheinautomaten immer teurer und diese unrentabler werden.</p> <p>Es wird sodann herausgestellt, dass der Ausschuss für ROVB die Parkplatzproblematik im Stadtgebiet generell noch einmal thematisieren sollte.</p> <p>Nach weiteren Meinungsäußerungen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat den BA 180-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 180-2011</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 5.9</p>	<p>Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p>	<p>Beschlussantrag 178-2011</p>

	<p>Herr Montag, MA SB Bauverwaltung, gibt einführend einige Erläuterungen und stellt dar, wie sich die einzelnen Gremien zur Erschließungsbeitragssatzung positioniert haben. In der beigefügten Übersicht zum BA (aktuelle Version) ist ersichtlich, welchen Änderungsvorschlägen der Gremien von Seiten der Verwaltung entsprochen wurde und welchen nicht. So wurden im § 5 (Verteilung des umlagefähigen Erschließungsaufwands), Abs. (4) die Änderungen von der Verwaltung übernommen. Die zweite Änderung bezieht sich auf die Eckgrundstücksvergünstigung, wo die 1/2-Regelung Anwendung findet, wobei Herr Montag auf evtl. eintretende Abweichungen hinweist. Auf die Frage von Frau Lorenz, ob die Erschließungsbeitragssatzung auch auf das Baugebiet Bitterfeld-Süd zutreffen würde, bemerkt Herr Montag, dass es darauf ankommt, ob der Stadt Kosten entstehen. Hier kommen Fördermittel zum Tragen. Es wird sich erst nach Beendigung der Maßnahme zeigen, ob Beiträge erhoben werden. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 178-2011 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 5.10</p>	<p>Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Nähere Ausführungen zu den Beratungsergebnissen bzw. Änderungsvorschlägen aus den einzelnen Gremien werden ebenfalls von Herrn Montag gemacht. Er verweist dabei auf die Anlage 2 zum Beschlussantrag - „Ergebnis der Sitzungen zum BA 179-2011 Straßenausbaubeitragssatzung“ und erläutert sowie begründet im weiteren Verlauf Hinweise der Kommunalaufsicht, wonach eine Abstufung der Anliegeranteile zwischen den Haupteerschließungs- und Hauptverkehrsstraßen bzgl. der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung/Straßenentwässerung sein muss. Daher wurde in der Sitzung am 15.11.11 im ROVB empfohlen, bei diesen Prozentsätzen entsprechende Differenzierungen vorzunehmen. Die Verwaltung plädiert dafür, die Prozentsätze bei der Hauptverkehrsstraße zu belassen und bei den Haupteerschließungsstraßen die Prozentsätze zu erhöhen. Man hat allerdings im ROVB den Prozentsatz bei Haupteerschließungsstraßen belassen und bei den Hauptverkehrsstraßen von 50 auf 45 % bei Gehweg und Beleuchtung/Straßenentwässerung heruntergesetzt. Hinsichtlich der Fußgängerzonen erhielt man seitens der Kommunalaufsicht die Auskunft, dass die Geschäfte in den Fußgängerzonen einen höheren Anteil haben sollten als die Allgemeinheit. Es hat sich somit eine Empfehlung von 55 % ergeben. Herr Montag verdeutlicht, dass die Prozentsätze bzw. die Verhältnisse auch bei Rechtsstreitigkeiten vor Gericht standhalten müssen. Die OB macht darauf aufmerksam, dass es zwar die Änderungswünsche aus den einzelnen Ortschaften gibt, die Verwaltung jedoch angehalten ist, einen rechtskonformen Vorschlag zu unterbreiten. Jeder, der etwas anderes wolle, muss einen Änderungsantrag einbringen. Herr Montag weist darauf hin, dass zwei Dinge von der Verwaltung textlich übernommen wurden, und zwar im § 7 (1) „Nutzungsfaktoren für baulich und gewerblich nutzbare Grundstücke“ und im § 11 „Vorausleistungen“. Herr Pasbrig bemerkt, dass man im ROVB versucht hat, einen Mittelweg zu den Prozentsätzen zu finden, die in den Ortschaften seinerzeit gegolten haben. Frau Wust macht noch einmal deutlich, dass das, was die Verwaltung einreicht, unbedingt rechtskonform sein muss.</p>	<p>Beschlussantrag 179-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>

	<p>Der Stadtrat muss seine Änderungswünsche, die seitens der Verwaltung nicht mitgetragen werden, im Stadtrat entsprechend beantragen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 179-2011 zur Beschlussfassung.</p>	
	mehrheitlich empfohlen	
zu 5.11	<p>Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände</p> <p>Als Tischvorlage wurde zum BA 247-2011 noch ein geändertes Deckblatt zum Beschlussantrag verteilt. Folgende Änderung wurde auf der Rückseite vorgenommen:</p> <p>„Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich: a) einmalig: Verfahrenskosten ca. 30.000 EUR (erstmalige Bescheiderstellung, evtl. separate Softwarekosten für die Grundlagen- und Erstbescheiderstellung), b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben): Verfahrenskosten je Folgejahre ca. 10.000 EUR (Bescheidaktualisierung); Entsprechend der Satzung kalkulierte Einnahmen in Höhe von ca. 85.000 EUR“</p> <p>Die Änderung wird im Mandatos noch entsprechend eingearbeitet.</p> <p>Nach kurzen Wortbeiträgen und geäußerten Bedenken zum BA 247-2011 erteilt der Haupt- und Finanzausschuss nachfolgendes Votum:</p>	<p>Beschlussantrag 247-2011</p> <p>Ja 2 Nein 0 Enthaltung 6</p>
	mehrheitlich empfohlen	
zu 5.12	<p>Erstellung der Einbeziehungssatzung Nr. 08-2011th "Ackerstraße", OT Thalheim</p> <p>Nach kurzen Anfragen und Erläuterungen zum Sachverhalt empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat den BA 252-2011 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Beschlussantrag 252-2011</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
	einstimmig empfohlen	
zu 5.13	<p>Begrenzung von Mietpreissteigerungen durch kommunale Wohnungsunternehmen</p> <p>Die OB, Frau Wust, teilt mit, dass Herr Voigt, Geschäftsführer der Wohnungs- und Baugesellschaft zur heutigen Sitzung eingeladen worden ist und ihm auch Rederecht gewährt wird. Zunächst wird von Herrn Prof. Dr. Poerschke von der einreichenden Fraktion des Beschlussantrages bemerkt, dass der Begründung zum BA zu entnehmen ist, weshalb man diesen Beschlussantrag eingereicht hat. Es gehe hier vor allem darum, soziale Belange der Bürger stärker zu berücksichtigen. Die OB äußert dazu, dass man gesetzlich dazu verpflichtet sei, das Vermögen der kommunalen Gesellschaft zu erhalten und zu vermehren. Wenn der kommunalen Gesellschaft ein Schaden entsteht, müsse die Stadt für diesen aufkommen. Herr Voigt geht auf folgende Dinge ein: ⇒ seine Teilnahme an der Bürgerversammlung im Frauenzentrum in Wolfen-Nord ⇒ auf eine Unterschriftenliste mit dem Aufruf „Mietstopp – keine</p>	<p>Beschlussantrag 271-2011</p>

Mieterhöhungen in

Bitterfeld-Wolfen“, auf der 1.251 Bürger unterschrieben haben; 82 Unterschriften von Bürgern, die

keine Zustimmung zur Mieterhöhung erteilt haben wären lediglich gültig; man wird von Seiten der

WBG in den nächsten Tagen die Gespräche mit den Bürgern suchen
⇒ seitens der Presse wurde bei der WBG nicht angefragt, in welcher Anzahl eigentlich die

- Mieterhöhungsschreiben verschickt wurden; in der Presse wurde allerdings eine Zahl von über Tausend genannt.

⇒ Hinweis auf die Altschulden der WBG in Höhe von 12,9 Mio. EUR, mit Zinsen 21 Mio EUR, die nicht erlassen werden)

⇒ Hinweis auf den Herstellungsbeitrag II (erhöhte Abwassergebühren

⇒ Man verwahrt sich gegen die Formulierung „Mietwucher“ im BA der Fraktion „Die Linke.“

⇒ Gesetzeskonforme Regelungen und Vorgehensweisen wurden seitens der WBG eingehalten.

⇒ Es stellt sich die Frage, wo die Grenze bzgl. Beurteilung von sozialer Gerechtigkeit ist (Mittelwert der Mietpreisspanne)

⇒ Von 2006 zu 2007 wurde das letzte Mal in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat eine Mieterhöhung bei der WBG vorgenommen (durchschnittlich 15 %).

Die **OB** ergänzt zum Mietspiegel, dass bei dessen Erarbeitung der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein Bitterfeld und Umgebung e.V., die Stadt Bitterfeld-Wolfen und der Mietverein Dessau & Umgebung e.V. einbezogen wurden und diesen auch unterzeichnet haben. Der Mietspiegel stellt lediglich einen Istzustand dar. Sie verwahrt sich ebenso entschieden gegen die Formulierung „Mietwucher“ im Beschlussantrag. Sie bittet um eine Stellungnahme der WBG zur in der Öffentlichkeit verbreiteten Aussage, dass es zu wenig preiswerten Wohnraum gibt und dass die ALG II-Kosten damit überschritten werden. Sie bittet Herrn Voigt um eine konkrete Zahlenangabe, ob ausreichender, auch leerstehender Wohnraum vorhanden ist, der im Bereich des ALG II-Satzes liegt.

In der weiteren Diskussion wird auf die Kostenstruktur der Unternehmen hingewiesen. Es wird erwähnt, dass bei der Wohnungsgenossenschaft die Altschulden noch höher liegen.

Herr Zimmer bemerkt, dass Herrn Voigt zur Stadtratssitzung Rederecht gewährt werden sollte, um dort auch die Standpunkte darzustellen.

Frau Wust schlägt vor, dass man das Rederecht bereits unter dem TOP 2, Änderung zur Tagesordnung, beantragen und darüber abstimmen sollte.

Frau Lorenz hält es u.a. für wichtig, noch einmal darzustellen, dass es eigentlich nicht Aufgabe des Stadtrates sein kann, in die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens einzugreifen bzw. dass die OB vom Stadtrat beauftragt wird, als Gesellschafter dort im Unternehmen bestimmte Vorgaben zu machen, die eigentlich das Unternehmen schädigen.

Weitere rege Diskussionen schließen sich an.

Die **OB** bemerkt, dass sie u.a. vom Stadtratsvorsitzenden, Herrn Schenk, die Information erhalten hat, dass viele Mieter zur Stadtratssitzung kommen werden. Sie wird sich mit Herrn Schenk hinsichtlich der Klärung organisatorischer Fragen in Verbindung setzen.

	<p>Sie informiert, dass man mit den Wohnungsunternehmen am 15.12.11, 17:00 Uhr, ein Gespräch anberaumt hat, zu dem man den Mieterbund und die Fraktionsvorsitzenden einlädt. Sie übergibt an die anwesenden Fraktionsvorsitzenden eine Einladung; die übrigen Fraktionenvorsitzenden (Herr Tetzlaff und Herr Herder) erhalten die Info per Mail.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss gibt nachfolgendes Votum zum Beschlussantrag 271-2011 ab:</p>	
<p>zu 5.14</p>	<p>Bericht der OB und Diskussion zu den Ortsfeuerwehren, insbesondere zur Aufwandsentschädigung</p> <p>Die OB, Frau Wust, geht noch einmal auf die Zusammenhänge ein. Die Aufwandsentschädigungen wurden von den Feuerwehrleuten z.T. entgegen den Regelungen in der bestehenden Satzung unterschiedlich abgerechnet, was von der Verwaltung bemängelt wurde. Es fanden dazu auch Gespräche mit den Ortswehrleitern statt und es wurden entsprechende Schreiben mit den genauen Auflistungen an die Feuerwehrleute geschickt. Frau Wust bemerkt, dass es im II. Quartal 84 Einsätze gab. Bisher liegen der Stadt diesbezüglich 12 Beschwerden vor. Wenn vom Stadtrat etwas anderes gewünscht wird, als das, was mit der alten Satzung beschlossen wurde, muss ein neuer Beschluss gefasst werden.</p> <p>Herr Dr. Baronius erwähnt, dass ihm zu dieser Problematik eine E-Mail vorliegt mit dem Tenor, dass die Abrechnungen von der Verwaltung nicht korrekt vorgenommen worden sind. Es wurde gesagt, dass die Definition des Einsatzes geändert werden sollte.</p> <p>Herr Pasbrig bemerkt, dass evtl. noch einmal die Auszahlungsfristen geklärt werden müssten. Zum Teil gibt es hier Überschneidungen, d.h. dass Einsatzprotokolle noch nicht zum Zeitpunkt der Abrechnung rechtzeitig vorliegen.</p> <p>Es wird zugestimmt, dass bezüglich des Abrechnungsmodus passable Lösungen gefunden werden sollten.</p> <p>Es wird noch einmal von der OB herausgestellt, dass der Stadtrat entscheiden muss, wenn er andere Vorstellungen im Hinblick darauf hat, was mit dem zuviel gezahlten Geld an die Feuerwehrleute ansonsten passieren soll, als die Verrechnung der Gelder.</p> <p>Nach weiterer reger Diskussion bemerkt Herr Pasbrig, dass er die Problematik noch einmal am 13.12.11 in der Sitzung des Ausschusses ROVB zur Sprache bringen wird.</p>	<p>mehrheitlich abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthaltung 0</p>
<p>zu 6</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Die OB übergibt an die anwesenden Mitglieder den statistischen Jahresbericht, wobei Sie vor allem auf die Problematik der demographischen Entwicklung hinweist.</p> <p>Sie informiert des Weiteren über:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ eine Arbeitsberatung zum Thema Ordnung und Sicherheit am 21.11.11, u.a. unter Teilnahme der Polizei ⇒ die Oberbürgermeisterkonferenz der Städte Ostdeutschlands in Suhl am 24.-25.11.11 ⇒ die Durchführung der Weihnachtsmärkte, wobei sie positiv anmerkt, dass diese z.T. auch ohne Mitwirkung der Stadt organisiert werden 	

	<p>Herr Pasbrig bemerkt an dieser Stelle, dass er in Vorbereitung der Sitzungen des ROVB Probleme bzgl. der Zuarbeit der Verwaltung hinsichtlich der noch zu beschließenden Satzungen (u.a. Friedhofssatzung, Baumschutzsatzung) sieht. Zum Teil liegen diese noch zur Prüfung bei der Kommunalaufsichtsbehörde.</p> <p>Da die Satzungen auch noch die einzelnen Ortschaftsräte passieren müssen, befürchtet er, dass die Zeitschiene zu kurz ist, da diese bereits ab 01.07.2012 in Kraft treten sollen. Hier muss eine Lösung gefunden werden, z.B. hinsichtlich der Verständigung mit der Kommunalaufsicht.</p> <p>Die OB nimmt den Hinweis noch einmal auf.</p> <p>Herr Zimmer spricht an, dass die Stadt Mitglied im Gewässerunterhaltungsverband ist. Er verweist darauf, dass in den Stadtratssitzungen unter dem ständigen TOP Mitteilungen, Berichte aus den Ausschüssen und Verbänden berichtet wird. Er regt an, dass künftig auch aus dem Gewässerunterhaltungsverband berichtet werden sollte. Er bittet die OB, Unterlagen über die Zusammensetzung des Gremiums zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Des Weiteren spricht er an, dass er von Herrn Pottel vom Autohaus in der Wittenberger Straße im OT Bitterfeld angesprochen wurde, der vor einiger Zeit durch auf seinem Areal befindliche Bäume Sturmschäden zu beklagen hatte. Die Schäden sind zwar behoben worden; es sollten allerdings nochmals die dortigen Bäume vom Stadthof kontrolliert werden, da z.T. noch Äste herunterhängen.</p>	
zu 7	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Die Oberbürgermeisterin schließt um 21:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.</p> <p><i>Herr Krillwitz verlässt zu diesem Zeitpunkt die Sitzung; somit sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p>	

gez.
Petra Wust
Ausschussvorsitzende

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin